

Begabungspreis:

Nom. 25. Ren. bis 1. Dez. 1. Stk. oder 1 Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband nom. 25. Ren. bis 1. Dez. für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Ungarn, Jugoslawien 1800 Milliarden, für das übrige Ausland 2000 Milliarden. Postbegabungspreis freibleibend.

Der „Morgen“ mit der Sonntagsbeilage „Soll und Sein“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Morgenworts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Donhoff 292-295 Verlag: Donhoff 2506-2507

Donnerstag, den 29. November 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Distrikts-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Anzeigenpreis: Die einseitige Anzeigenzeile 0,70 Goldmark, Kleinanzeigen 0,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Goldmark (ausdrücklich zwei Zeilenlänge). Jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Einmalige Anzeigen das erste Wort 0,20 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 1/2 des gewöhnlichen. Eine Goldmark - ein Dollar gleich durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptpostamt, Berlin SW 68, Eingangstraße 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Auch Stegerwald gescheitert!

Abgelehntes Preußen-Ultimatum der Deutschnationalen.

Die Deutschnationalen veröffentlichen über den Ausgang ihrer gestrigen Fraktionsführung folgende Erklärung:

Die von den Unterhändlern der Deutschen Volkspartei und des Zentrums des Reichstags der Deutschnationalen Fraktion vorgelegte Hauptfrage betrifft Preußen. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat deshalb beschlossen, die deutschnationale Preußenfraktion zu bitten, in Anknüpfung an die heute im Preussischen Landtage bereits gepflogenen Verhandlungen sofort nochmals an die bürgerlichen Parteien des Preussischen Landtages mit der Frage heranzutreten, ob diese Parteien geneigt sind, die Bildung einer bürgerlichen Regierung in Preußen umgehend herbeizuführen. Von der sobald zu erbittelnden Antwort bleibt die Entscheidung der Reichstagsfraktion abhängig. Die deutschnationale Preußenfraktion hat dementsprechend beschlossen. Im übrigen hat die deutschnationale Reichstagsfraktion sich jedoch bereit erklärt, die vorbereitenden Verhandlungen betr. die Reichsregierung weiterzuführen.

Dieses deutschnationale Ultimatum wird von der demokratischen Reichstagsfraktion mit folgender Erklärung abgelehnt:

Nachdem gegen den Wunsch der deutsch-demokratischen Fraktion von der deutschnationalen Fraktion die Frage der Regierungsbildung im Reich mit der Frage der preussischen Regierungsbildung verquickt ist und dadurch eine neue Verzögerung und Beunruhigung geschaffen ist, lehnt die Fraktion die weiteren Verhandlungen zwischen den Fraktionen ab und wird sich an der Bildung einer Regierung nur auf dem verfassungsmäßig vorgesehenen Weg, also auf dem Weg der Verhandlungen mit einer vom Reichspräsidenten zum Reichskanzler ausersehenen Persönlichkeit beteiligen.

Wie verlautet, hat das Zentrum erklärt, daß es die Auffassung der Demokraten teile.

So ist auch die Bürgerblock-Regierung Stegerwald kaputt. Man denkt jetzt an eine Regierung der Arbeitsgemeinschaft der Mitte, die von der Sozialdemokratie toleriert werden soll, kehrt also im Bogen über Jarres-

Albert-Stegerwald zur Konstruktion des dritten Stresemann-Kabinetts zurück.

Das dritte Stresemann-Kabinetts ist von den Sozialdemokraten gestürzt worden, weil es am militärischen Ausnahmezustand festhielt und nichts tat, um Bayern auf den Boden der Reichsverfassung zurückzubringen. Die Sache steht also so, daß die Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie gar nicht erst zu verhandeln braucht, da sie die nächsten Bedingungen für ein Tolerieren ihrer Regierung ohnehin schon kennt. Garantien für die Dauer lassen sich freilich auf diesem Wege nicht schaffen. Aber einmal muß man doch aus den ewigen Verhandlungen herauskommen und eine Regierung auf die Beine stellen, die zu regieren wenigstens versucht.

Als Reichskanzler einer Regierung der Mitte wird neuerdings wieder Herr v. Kardorff genannt.

Ueber die neueste Krise in der Krise wird weiter gemeldet:

Die Verhandlungen im Reichstag um das Ministerium Stegerwald gefalteten sich gestern nachmittags überaus schwierig. Herr Stegerwald will sein Kabinetts ohne die Demokraten nicht bilden. Die Demokraten wollen aber auf die Forderung der Deutschnationalen, die große Koalition in Preußen aufzulösen, nicht eingehen und auch das Zentrum nimmt diesen Standpunkt ein. Infolgedessen verlor die Unterredung unter den Führern der sämtlichen fünf bürgerlichen Parteien ohne Ergebnis. Daran schloß sich eine weitere Verhandlung unter den Führern der bürgerlichen Parteien ohne die Demokraten. Es dreht sich um die Frage, ob die Deutschnationalen bereit sein werden, in der erwähnten Hinsicht weiter entgegenzukommen. Die Entscheidung liegt in den Fraktionsführungen, die in der siebenten Abendstunde begannen. Infolge des schwierigen Verlaufs aller dieser Verhandlungen ist die Frage der Auflösung des Reichstags wieder aufgetaucht. Ferner wird der Gedanke der Wiederherstellung der Weimarer Koalition aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten in die Debatte geworfen, da die Sozialdemokraten erklären, daß sie eine Beteiligung an irgendeiner Koalition überhaupt nicht grundsätzlich abgelehnt haben.

Auslandshilfe und Landwirtschaft.

Das Wort des Grafen Westarp, daß das deutsche Volk bei vollen Scheuern hungere, ist buchstäblich zur Wahrheit geworden. Einer reichen Ernte des in früheren Jahren oft so knappen Brotgetreides steht eine Masse von Verbrauchern gegenüber, deren Einkommen selbst bei voller Beschäftigung nicht ausreicht, um die geforderten Preise zu zahlen. Der letzte Lebenshaltungsindeks, den wir an anderer Stelle wiedergeben, zeigt deutlich, daß sogar im Reichsdurchschnitt und trotz der künstlichen Niedrighaltung der Wohnungsmieten die Goldpreise für den wichtigsten Lebensbedarf um mehr als die Hälfte über dem Vorkriegsstand liegen. Die überwältigende Mehrheit der Arbeiterschaft bezieht Löhne, die hinter den Vorkriegslohn weit zurückbleiben. Weite Volksteile sind aber von dem Recht auf Arbeit ausgeschlossen. Sie sind auf die Unterstützung des Staates und der Gemeinden angewiesen, die selbst finanziell nicht aus und ein wissen. Unter diesen Umständen grassieren Not und Elend schlimmer als selbst in den Zeiten der Hungerblockade.

Es ist ein erfreuliches Zeichen der Hilfsbereitschaft und der internationalen Solidarität aller, die noch menschlich denken, wenn jetzt aus allen möglichen Teilen der Welt eine Hilfstätigkeit für die notleidenden Volksteile Deutschlands einsetzt. Neben Freunden, die schon während des Krieges viel zur Vinderung der Kriegsschäden getan haben, wie die nordischen Staaten, finden sich Länder, die selbst den Elendsweg der Währungserrüttung gegangen sind, und Mächte, die früher Deutschland feindlich gegenüberstanden. Wir begrüßen dies als Wert nicht nur, weil es geeignet ist, zur Vinderung der größten Not beizutragen, sondern weil es nach Jahren des Kampfes und des Hasses die Völker der Welt einander wieder näher bringt.

Um so mehr ist zu bedauern, daß diese Hilfstätigkeit eine gewisse Beeinträchtigung erfahren hat durch eine Ausrufung Hoovers, des bekannnten Ernährungs-Kommissars für die notleidenden Gebiete, der sich mit großer und leider nicht unberechtigter Schärfe gegen die deutsche Landwirtschaft wendet. Ihm wird vorgeworfen, daß sie trotz guter Mittelernste die eigenen Volksgenossen hungern lasse, weil sie viel Geld verdienen wolle, und die Frage wird aufgeworfen, ob die Amerikaner Anlaß hätten, den Deutschen beizuspringen, wenn ihre eigenen Landsleute es nicht täten.

Wenn Hoover freilich der deutschen Landwirtschaft die alleinige Schuld an dem gegenwärtigen Ernährungs-elend heimicht, so geht das über das sachlich berechnete Maß von Vorwürfen, die man gegen die Landwirtschaft erheben muß, weit hinaus. Die Führer der Agrarier sind fraglos mit Schuld an der gegenwärtigen Not, deshalb, weil sie die Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht nur für Ackerfrüchte, sondern auch für andere Waren auf das eifrigste befürwortet und schließlich auch durchgesetzt haben, längst, ehe eine Stabilisierung der Währung auch nur in ferner Sicht war. Dieser Kampf gegen alle gemeinwirtschaftlichen Bindungen hat den Übergang von der Inflationswirtschaft zu gesünderen Währungsverhältnissen unendlich schwierig gestaltet. Man kann aber den Landwirten in ihrer Allgemeinheit nicht den Vorwurf machen, daß sie das Volk hungern lassen, nur um verdienen zu wollen. Ein Blick auf die im Großhandel bezahlten Goldpreise für Getreide, Fleisch und andere Waren zeigt, daß die größte Verteuerung der Ware nicht bei dem Landwirt beginnt, sondern erst im weiteren Verlaufe der Verarbeitung und der Verteilung der landwirtschaftlichen Produkte. Das muß um der Wahrheit willen festgestellt werden. Wenn heute an der Berliner Börse der Doppelzentner Roggen etwa 17,50 M. Gold gegen etwa 18,20 M. vor dem Kriege kostet, so kann man nicht nur nicht von einer absoluten Preissteigerung reden, der Preis bleibt auch hinter der durchschnittlichen Warenverteuerung im Kleinhandel zurück und ist keinesfalls ein Anlaß dafür, daß das Brot rund doppelt so teuer ist, wie vor dem Kriege. Nicht viel anders steht es um andere landwirtschaftliche Produkte auch, wenn freilich nicht verkannt werden soll, daß manche Erzeugnisse des Ackerbaues und der Viehzucht den Friedenspreisstand wesentlich überschritten haben.

Die sinnlose Ueberverteuerung aller Lebensmittel im Kleinhandel und im Zustande der fertigen Verarbeitung ist eben mindestens in diesen Tagen nicht eine Folge von Ueberpreisen der Landwirtschaft, sondern vielmehr der Währungs-krise, die hauptsächlich durch den Friedensvertrag und durch die Art seiner Ausführung hervorgerufen ist. Weder kann man von dem Landwirt verlangen, daß er seine Ernte umsonst oder für wertlos werdendes Geld zur Verfügung stellt, noch kann man vom Müller und Bäcker fordern, daß er, der gegen Papiermark verkaufen muß, das Risiko der Geldentwertung bei einem neuen Einkauf allein trägt. Wir wollen damit keineswegs die geradezu unsinnige und in ihren Folgen für breite Volksmassen verheerende Anarchie der Preisbildung am Warenmarkt irgendwie in Schutz nehmen. Wir sind vielmehr der Meinung, daß gegen jede Form des Wuchers, wo immer sie sich auch zeigt, mit dem schärfsten Nachdruck vorgegangen werden muß, und daß die

Kahr oder Knilling?

Knilling sucht die Entscheidung.

München, 28. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch ist der ständige Ausschuss des bayerischen Landtages, das sogenannte „Kleine Plenum“, zusammengesessen. Nachdem sich die Regierung hauptsächlich auf Drängen der Sozialdemokratie, dazu bereit erklärt hatte, eine Erklärung zur politischen Lage abzugeben, erwartete man bereits für diese erste Sitzung die Rede des Ministerpräsidenten Knilling. Wider Erwarten aber hielt Knilling mit seinen Ausführungen, deren Wortlaut bereits seit Dienstag festgelegt ist, zurück. An seiner Stelle erklärte der Vorsitzende des Ausschusses, Gehelmar Haid, der Ministerpräsident habe wissen lassen, daß er nur dann in der Lage sei, sich mit vollkommenem Freimuth über die politischen Vorgänge auszusprechen, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird. Für diesen Fall wird am Donnerstag die politische Aussprache beginnen. Die Vorbeugungsmaßregel der Regierung ist unverständlich, und zwar auch dann, wenn man die ganzen Schwierigkeiten des gegenwärtigen Augenblicks in Rechnung stellt. Sie ist um so weniger verständlich, wenn man hört, daß Knilling entschlossen ist, sobald wie möglich, alleinstimmig noch in dieser Woche, eine Entscheidung in der Frage: Regierung oder Generalkommissariat, herbeizuführen. Welt-erhebende Bedeutungen in dieser Richtung wird bereits die Donnerstagsrede Knillings im Ausschuss bringen, mit der offenbar der stille Kampf hinter den Kulissen der Bayerischen Volkspartei beendet und in ein Stadium gebracht ist, in dem die Entscheidung zur unbedingten Notwendigkeit wird. Damit hätte endlich jene politische Vermunft innerhalb der Regierungspartei Oberhand gewonnen, die angesichts des bitter-Putsch und seiner Auswirkungen bereits in den bedeutenden Sitzungen am 10. November sich dafür einsetzte, daß jetzt reiner Tisch gemacht werden müsse. Eine sofortige Abkehr von der tendenzhaften Politik der Bayerischen Volkspartei scheiterte aber damals an der unentschlossenen Haltung der Fraktion, die es mit der Angst vor der eigenen Courage zu tun bekam. Die Entschlossenheit Knillings, das Ende des Generalkommissariats herbeizuführen, macht an sich auch nicht Halt vor seinem eigenen Sturz. Für diesen Fall soll der Regensburger Oberbürgermeister Dr. Hipp das Staatsruhr in Bayern ergreifen, nachdem der Bamberger Oberbürgermeister Wächter eine Berufung seiner Partei aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt hat.

Krise in Oldenburg.

Rückkehr der kleinen Koalition?

Oldenburg, 28. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung scheint für Oldenburg die schon lang akute Frage der Regierungsbildung aufzurollen. Nach den Wahlen im Juni d. J. blieb das Beamten-

ministerium, das nach dem Rücktritt des Koalitionskabinetts Langen gebildet worden war, weiterhin bis auf den heutigen Tag im Amte; denn die Bildung einer parlamentarischen Regierung scheiterte damals an der Deutschen Volkspartei, die, unterstützt durch das Zentrum, Forderungen für die Bildung einer großen Koalition an Stelle der kleinen erhob; obwohl sie in kräftigem Widerspruch standen zu dem Wahlergebnis selbst. Das weit rechts orientierte Zentrum weigerte sich einerseits, an einer Regierung ohne Volkspartei teilzunehmen. Nunmehr haben unter dem Eindruck der Verhältnisse im Reich Landesvorstand und Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei einstimmig den Beschluß gefaßt, sich an einer Regierungsbildung zusammen mit Sozialdemokraten nicht mehr zu beteiligen. Es hat den Anschein, als ob daraufhin das Zentrum, das bisher mit der Volkspartei Hand in Hand Politik machte, umschwankt und wieder Neigung verspürt zur Bildung der kleinen Koalition. Damit würde aller Wahrscheinlichkeit nach wieder ein Kabinetts Langen entstehen.

Schluss mit der Rheinischen Republik?

Düsseldorf, 28. November. (WTB.) Wie die „Düsseldorfer Nachrichten“ erfahren, hat die vorläufige Regierung der Rheinischen Republik in einem heute an den Oberkommissar Tirard gerichteten Schreiben ihre Auflösung erklärt. Der „Generalbevollmächtigte“ teilt dem Vorsitzenden der Rheinlandskommission mit, daß in den letzten Tagen bereits drei Mitglieder des „Kabinetts“ ausgeschieden seien, nachdem es sich schon vor etwa 14 Tagen in zwei Teile gespalten hatte, von denen jeder für sich „Kabinettsbeschlüsse“ faßte. Aus der sogenannten „Inzwischen“ durch das „Kabinetts“ angeführten „Obersten Heeresleitung“ hat sich eine „Militärdiktatur“ herausgebildet, bei der ein Sekretär, namens Rosenbaum, die Hauptrolle spielt. Bezeichnend ist das offene Eingeständnis am Schluss des Schreibens, für die Auflösung sei der Umstand mitbestimmend, daß die bisherige vorläufige Regierung zum Teil aus unfähigen und unehrlichen Menschen zusammengesetzt gewesen sei.

Der Leipziger Zwischenfall.

Paris, 28. November. (WTB.) Der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat von Hoersch, hatte gestern dem Vorsitzenden der Botschaftskongress Jules Cambon, aus Anlaß des Leipziger Zwischenfalls, in dessen Mittelpunkt bekanntlich ein belgischer Leutnant und ein französischer Unteroffizier standen, einen Besuch ab. Der Geschäftsträger hat vor einigen Tagen in der gleichen Angelegenheit einen Schritt bei der französischen Regierung, der deutsche Geschäftsträger in Brüssel einen solchen bei der belgischen Regierung unternommen.

Kleine Vorlagen im Landtag.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Landtagsführung forderten die Abg. Dr. Meyer-Dipprehen (Komm.) und Schulz-Neußlein (Komm.) unter andauerndem Lärm ihrer Fraktionsgenossen, gegen die der Präsident wiederholt mit Ordnungsrufen einschreitet, die sofortige Beprechung der Rede des Innenministers Geering.

Da diese Forderung die vorchriftsmäßige Unterstützung von 15 Mitgliedern findet, wird die Beprechung eröffnet, während ein großer Teil der Mitglieder des Hauses den Saal verläßt.

Abg. Dr. Meyer-Dipprehen (Komm.): Herr Geering hat von Maschinengewehren, Dum-Dum-Geschossen und allem möglichen gesprochen, hat aber nicht bewiesen können, daß Frau Wolfstein irgendwie damit in Zusammenhang steht. Frau Wolfstein ist gar nicht Mitglied der Berliner Bezirksleitung. (Als der Redner von Schwindeisen und Dummdellen des Ministers spricht, wird er mehrmals zur Ordnung gerufen.) Der Redner fordert das Proletariat auf, sich trotz des Verbots zu bewaffnen. (Am Schluß der Rede stimmen die Kommunisten in stürmische Rufe: Nieder mit Geering! ein.)

Abg. Heilmann (Soz.)

erklärt, daß das Müssen zum bewaffneten Zustand, ob von rechts oder links, ein Verbrechen am Volke sei, wogegen eine geordnete Staatsgewalt mit allen Mitteln einschreiten müsse. (Wärmende Unterbrechungen bei den Kommunisten. — Präsident Geering bittet wiederholt Ruhe zu halten.) Der Abg. Dr. Meyer hat das Material des Ministers im wesentlichen bestätigt und zugegeben, daß die Kommunisten den bewaffneten Zustand wollen. Dadurch ist der Standpunkt des Ministers gegeben. (Erneuter Lärm bei den Kommunisten.) Im Kampfe gegen das Bestreben, die Arbeiter vor die Maschinengewehre zu treiben, ist die Politik der Sozialdemokratie, ob innerhalb oder außerhalb der Regierung, die gleiche. Der Redner beantragt, den Fall Wolfstein dem Geschäftsausschuss zu überweisen, der seine Entscheidung treffen werde im Sinne der Wahrung der Immunität und der Wahrung des inneren Friedens. (Großer Lärm bei den Kommunisten.)

Abg. Schölem (Komm.) betont, die Berliner Organisation der RPD. und Ruth Fischer hätten in allen politischen Fragen dieselbe Haltung eingenommen, wie die Gesamtleitung der RPD. Der zuerst vom Minister verlesene Moskauer Brief sei offenbar gefälscht. Das Verbot der RPD. bilde kein Hindernis für kommunistische Demonstrationen. Die kommunistische Partei bereite in der Tat die Revolution des Proletariats gegen die Diktatur der Bourgeoisie vor.

Ein Schlußantrag wird gegen die Kommunisten angenommen. Der Antrag auf Haftentlassung der Abg. Frau Wolfstein geht an den Geschäftsausschuss.

Bei der Beratung einer Verordnung, die Schutzmaßnahmen gegen das epidemische Auftreten der spinalen Kinderlähmung im Regierungsbezirk Breslau fordert, wünscht Abg. Dr. Wegl (Soz.) die Ausdehnung der Verordnung auf das ganze Staatsgebiet. Die Angelegenheit wird dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Nach debattierender Erledigung mehrerer Ausschussberichte werden bei schwachem Interesse die Vorlagen über Forderung der Aufsichtsbefugnis im Feuerpersonalwesen angenommen.

Als Berichterstatter des Hauptauschusses beantragt darauf Abg. Dr. Jähbender (Z.), das Staatsministerium möge zur Unterstützung privater gemeinnütziger Wohlfahrts- und Wohltätigkeitsanstalten außerordentliche Mittel bereitstellen, aus denen auf Antrag Beihilfen zu den vom Reiche gewährten Zuschüssen gewährt werden können. Der Antrag wird debattiert angenommen.

Ferner stimmt das Haus dem Ausschussantrag zu den Ausführungsbestimmungen zum Tuberkulosegesetz zu, daß berücksichtigt werden soll, daß eine Pflicht zur Meldung für den zugewanderten Arzt nur dann besteht, wenn nach ärztlichem Urteil ein Ansteckungsfall als tatsächlich ansteckend betrachtet werden muß, und daß ferner die Mitteilung der bakteriologischen Untersuchungsergebnisse an die Meldestelle nicht zur Strafverfolgung gegen den Arzt benutzt werden kann. Weiter werden u. a. angenommen ein Antrag, nach dem durch eine Änderung des Volksschullehrer-Dienstvertragsgesetzes die mit Volksschulen verbundenen sogenannten gehobenen Klassen zum. ihre Beiräte in der Aufsichtsrats- und Beförderungsmöglichkeit den Mittelschulen bzw. Volksschullehrern gleichgestellt werden sollen. Ein Gesetz soll ferner vorbereitet werden, das die Aufbringung der Kosten für das gesamte höhere Schulwesen unter Berücksichtigung der neuzeitlichen Verhältnisse in der Leistungsfähigkeit von Staat und Städten neu verteilt.

Schluß 3,45 Uhr. Donnerstag 12 Uhr: Kleine Vorlagen.

Der Belagerungszustand in Sachsen.

Dresden, 28. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Landtag setzte am Mittwoch die Beratung der Anträge über die Aufhebung des Belagerungszustandes in Sachsen, über die Vereinstellung eines Fonds zur Unterstützung der durch die Reichswehr Verhafteten sowie deren materielle Entschädigung fort. Nach fünfständiger lebhafter Debatte wurden die Anträge angenommen. In der Aussprache polemisierte auch Ministerpräsident Bellisch gegen den Ausnahmezustand und die Reichswehrgelände in Sachsen und erklärte dabei mit, daß er in der Nacht vom 8. zum 9. November von Dr. Strösemann ein Telegramm erhalten habe, in dem die sächsische Regierung um Hilfe gegen Bayern gebeten wurde. Eine Reichsregierung, so stellte Bellisch fest, die sich hilfesuchend an Sachsen wende, habe nicht das Recht, zu erklären, gegen angeblich verfassungswidrige Zustände in Sachsen vorzugehen zu müssen. Im übrigen war die Sitzung durch eine mehrstündige Debatte über die geplante Änderung bzw. Verschärfung der Geschäftsordnung ausgefüllt.

Dresden, 28. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Wehrkreiskommando IV hat mehrere ältere Unteroffiziere und auch einige Offiziere, die sich schwere Angriffe gegen die sächsische Bevölkerung zuschulden kommen ließen, aus dem Heere entlassen.

Neue Bundesbrüder.

Aus Weimar wird uns geschrieben:

Mit welcher Ehrlichkeit die Kommunisten ihre Politik der Einheitsfront betreiben, dafür haben sie soeben in Thüringen noch nachträglich nach ihrem Ausscheiden aus der Regierung ein treffliches Beispiel geliefert. Bei dem kürzlichsten kommunistischen Landtagsabgeordneten Dr. Neubauer wurde ein Originalplan für eine Entfärbung der Axtene der thüringischen Landespolizei zu Weimar vorgefunden, die zur Nachtzeit durch kommunistische Hundertschafften, welche auch aus anderen thüringischen Städten herangezogen werden sollten, durchgeführt werden sollte. Dieser Plan sollte aller Wahrscheinlichkeit nach zur selben Zeit zur Ausführung kommen, in der die kommunistische Partei bereits eine Regierungskoalition mit der Sozialdemokratie eingegangen war. Die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder und die republikanische Landespolizei wären also das erste Objekt des kommunistischen Unternehmens geworden. (Wesler kann die abgrundtiefe Charakterlosigkeit und heimtückliche kommunistischer Führer nicht beleuchtet werden, wie durch diesen Fund beim Abg. Dr. Neubauer. Dabei war dieser kommunistische Führer während des Krieges noch eifriges Mitglied der sogenannten Vaterlandspartei.)

Der aufgefunden Plan selbst gibt nicht nur einen genauen Grundriss von den einzelnen Gebäuden der Landespolizeistation, sondern enthält auch genaue Angaben, wofür die einzelnen Räume dienen,

wo die Mannschaften bei Warm Regen, wo die Waffen, die Munition, das Benzin, die Funkstation, das Telegraphenmaterial usw. untergebracht sind. Außerdem enthält der Plan die Einzeichnung der Posten, die von den kommunistischen Hundertschaften sofort nach dem Ueberfall aufgestellt werden müssen, die einzelnen Einfall- und Einmarschposten, „wenn die Posten überrollt“, die Telefone, welche durchzuschneiden sind und welche Lote bei Nacht nicht befehrt sind. Auch das Gebäude, in dem sich das Ministerium des Innern und die Leitung der Landespolizei befindet, ist genau eingezeichnet, die Wohnung des Polizeibefehlshabers Müller-Brandenburg ist dabei besonders verzeichnet. Der Plan war also sehr geiponnen, aber er kam doch an die Sonnen.

Kinderhilfe der deutschen Arbeiterschaft.

Furchtbar mühen Hunger und Not in Deutschland, Hungerlöhne und Goldmarkpreise, Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit gehen von Tag zu Tag stärker an der Kraft der deutschen Arbeiterschaft. Am schwersten trifft die Not

die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse: die Kinder des deutschen Proletariats.

Bürgerliche Mitleidigkeit ist bereits hier und da am Werke, Brosamen vom Tische der Reichen für die Verarmten zu sammeln. Die Arbeiterschaft im In- und Auslande will — so schwer die Not auf ihren eigenen Schultern lastet — selber helfend eingreifen. Die Rettung der Kinder der deutschen Arbeiterklasse soll, soweit es ihr möglich ist, auch

das Werk der Arbeiterklasse selbst

sein. Unsere Ortsausschüsse und Arbeitsgemeinschaften haben den Kampf gegen die Not entschlossen aufgenommen. Wir wollen sie durch zentrale Hilfsmittel in diesem Kampf stützen und unterstützen. Wir beabsichtigen keinen neuen Verwaltungsapparat aufzuziehen, durch den ein großer Teil der Mittel vergeudet würde, sondern wir wollen dort, wo die Not am größten ist, wo der Wille und die Organisation zur Abhilfe bereit sind, mit unserer Hilfe unmittelbar eingreifen. Unsere weitverzweigten und gut durchgeleiteten Organisationen gewährleisten ein schnelles und sicheres Arbeiten. Wir bitten darum alle Genossen und Genossinnen im Inlande und Auslande, die ungeachtet der eigenen Not willens und in der Lage sind, eine Gabe für hungernde Arbeiterkinder zu spenden, sie an uns zu senden. Sie haben dadurch die Gewähr, daß die Mittel wirklich reiflos dem erstrebten Zwecke, der Speisung von Arbeiterkindern, zugute kommen.

Sendungen in möglichst wertbeständiger Form erbitten wir an Hauptauschuss für Arbeiterwohlfahrt, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. (Bankkonto: Fr. Bariels, Juchacz, Diskonto-Gesellschaft, Depostenkasse, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.)

Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

(Postfachkonto: Richard Bohmann, Berlin SW. 68, Nr. 155 468. Postfachamt Berlin NW. 7.)

Unsere Kinder hungern!

Gibt schnell und jeder nach seinen Kräften!

Hauptauschuss für Arbeiterwohlfahrt.

Marie Juchacz.

Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Paul Pöbe.

Besonders hart lastet die Not auf der deutschen Arbeiterschaft an Rhein und Ruhr. Diese wendet sich deshalb durch unsere dortige Organisation mit dem folgenden Aufruf an die Hilfsbereitschaft der Freunde im In- und Auslande. Wir bitten, Mittel, die allgemein der Kinderhilfe der deutschen Arbeiterschaft zufließen sollen, an eine der obigen Adressen gelangen zu lassen, die Sonderspenden für Rhein und Ruhr dagegen der untenstehenden Adresse zuzuführen.

Helft Rhein und Ruhr!

Der vollkommene wirtschaftliche Zusammenbruch an Rhein und Ruhr hat zwei Drittel der Bevölkerung arbeitslos gemacht. In ungeheizten Zimmern frieren und hungern Millionen elender Kinder sorgloser Eltern, Kranke und Greise. Der Tod klopfst laut an ihre Tür. Mit letzter Kraft versuchen die wenigen, die noch schaffen können, ihn zu verschleppen.

Die proletarische Selbsthilfe, die Arbeiterwohlfahrt, stellt verzweifelt ihre Hilfsmittel durch Arbeitslosigkeit, Geldentwertung und politische Zerrüttung erschöpft.

Kameraden im Ausland und all ihr Freunde der unschuldigen Kinder! An Euch wenden wir uns in größter Not. Wollt Ihr uns helfen, Menschenleben zu retten, Völkerhaß zu zerstreuen?

Spenden für das besetzte Gebiet richtet an:

Bundesrat Hans Wingender, Düsseldorf, Bundeshaus (Konto Nr. 1889 der Landesbank in Düsseldorf).

Ausschuss für Arbeiterwohlfahrt

(Bezirk: Rhein und Ruhr).

Arbeit im Ruhrgebiet.

Aän, 28. November. (M.B.) Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Düsseldorf: Seit gestern werden Verhandlungen zwischen dem Rannesmann-Konzern und der Ricam über den Abschluß eines Vertrages im Rahmen des geschlossenen Hauptabkommens geführt. Die Verhandlungen beziehen sich nicht nur auf die Kohlenwirtschaft, sondern auch auf alle dem Konzern angeschlossenen Hütten und Industrien. Inzwischen ist von der Ricam die Genehmigung erteilt worden, mit sofortiger Wirkung täglich 2500 bis 3000 Tonnen Kohlen, also etwa zwei Sätze nach Holland abrollen zu lassen. Die Zulassung dieser Lieferung bedeutet, daß etwa acht Schachtanlagen wieder in Gang gesetzt werden können.

Der englische Wahlkampf.

London, 28. November. (M.) Nur noch eine Woche ungefähr trennt England von der Neuwahl am 6. Dezember, und die Wahlkreise in ganz England befinden sich in einer fieberhaften Tätigkeit. Die Wahlveranstaltungen aller Parteien sind ohne Ausnahme stark besetzt. Die Wählerliste zeigt allein 10 1/2 Millionen wahlberechtigte Männer, ungefähr 100 000 mehr als die Wählerliste des letzten Frühjahrs. In keiner der früheren Wahlen standen sich so oft in einem Wahlkreis fast gleich stark die führenden Parteien gegenüber; in 263 Wahlkreisen allein stehen sich gleichzeitig die Kandidaten der Konservativen, der Liberalen und der Arbeiterpartei gegenüber; in 126 Wahlkreisen fällt die Entscheidung zwischen Konservativen und Arbeiterpartei und in 53 zwischen Liberalen und Arbeiterpartei.

Der Ausbau des Mittellandkanals. Der bisherige Leiter der Reichswasserstraßenverwaltung Dr. Kirckstein ist in den Ruhestand getreten. Beim Amtsantritt seines Nachfolgers, des Ministerialdirektors Dr. Krohne, erklärte Reichsverkehrsminister Dezer als die wichtigsten Aufgaben die Förderung und Vervollendung des Ausbaus des Mittellandkanals und die Ausführung des Artikels 9 der Reichsverfassung: die Organisation der Reichswasserstraßenverwaltung. Aber namentlich jene für das deutsche Wirtschaftsleben für alle Zeit bedeutende Ost-West-Kanalverbindung, der Mittellandkanal, müsse trotz aller Finanznot des Reiches als eine der lebenswichtigsten Einrichtungen gefördert werden. Minister Dezer deutete dabei auch die vielen Arbeitsmöglichkeiten an, die sich aus der Verwirklichung des Bauplans zur Entlastung der Erwerbslosenfürsorge erreichen lassen.

Die Agrarreform in Litauen. Auf Grund der Agrarreform wurden, wie aus Romno gemeldet wird, in den ersten neun Monaten dieses Jahres 117 400 Hektar Land enteignet. Die Enteignung betraf 418 Güter, deren frühere Besitzer 17 600 Hektar Land behalten durften. Vom enteigneten Landbesitz wurden Parzellen an 8313 Personen verteilt, deren Hälfte vollständig beschlos war.

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 = 1)

Durchschnitt	Mal	3816
1. Juni	7 650	
1. Juli	37 651	
1. August	588 045	
1. September	15 000 000	
1. Oktober	3 260 000 000	
3. September	1 845 281	
10. "	5 051 046	
17. "	14 244 900	
24. "	28 000 000	
1. Oktober	40 400 000	
8. "	109 100 000	
15. "	691 900 000	
22. "	3 045 000 000	
29. "	13 671 000 000	
5. November	98 500 000 000	
12. "	218 600 000 000	
19. "	831 000 000 000	
26. "	1 535 000 000 000	

Steigerung gegen die Vormonate 84,7 Proz.

Deutlicher als je kommt in dem vorliegenden Index die Steigerung der Goldpreise im Kleinhandel zum Ausdruck. Der Dollar ist vom 21. zum 28. November von 2520 auf 4200 Milliarden Mark, also um 66,6 Proz. gestiegen, der Lebenshaltungsindex dagegen hat stärker, nämlich um 84,7 Prozent angezogen. Dem entspricht auch das Gesamtbild der Teuerung, wenn man es mit den Devisenkursen vergleicht. Bestenfalls sind, wie man am Preis der Goldmark ohne weiteres erkennen kann, genau auf dem 1000milliardenfachen des Vorkriegsstandes, die Lebenshaltungskosten sind dagegen trotz künstlich niedrig gehaltener Mieten bereits um 83,5 Proz. über der Devisenverteuerung, nämlich auf dem 1535milliardenfachen Stand. Für den Ausländer, der nicht in dem Genuß der billigen Mieten kommt, weil er im Hotel oder in möblierten Zimmern wohnt, dürfte demnach jetzt schon Deutschland das teuerste Land der Welt sein.

Das wesentliche Kennzeichen der Teuerung der letzten Wochen ist ja eben die Uebersteigerung der in Gold errechneten Preise. Für die Arbeiterschaft ist die Teuerung noch erdrückender, als sie in dem Lebenshaltungsindex zum Ausdruck kommt. Dieser stellt ja eine Durchschnittszählung für das ganze Reich dar, umfaßt also auch Drischafften, in denen insbesondere die Lebensmittelpreise nicht so stark gestiegen sind, wie etwa in Berlin oder in den großen Industrieregionen. Eine ganze Reihe von Waren steht jedenfalls im Preise wesentlich höher als 50 Proz. über dem Vorkriegsstand. Diese Uebersteigerung der wichtigsten Lebensmittel zwingt die Arbeiterschaft, auf den Verbrauch anderer Waren zu verzichten, die vom Index noch erfasst werden, die aber von einem normalen Arbeitsverdienst heute nicht mehr gekauft werden können.

Es kommt alles darauf an, die ungeheure Kluft zwischen der Kaufkraft der Bevölkerung und den Warenpreisen zu überbrücken. Wie das möglich sein soll, indem man die Goldlöhne um 30 Proz. niedriger bemisst als die Friedenslöhne gewesen sind, während die Lebenshaltungskosten sogar noch dem amtlichen Index um mehr als 50 Proz. über dem Vorkriegsstand liegen, das bleibt das Schicksal der Unternehmer und des Reichsarbeitsministers, die derartige Anschauungen vertreten. Lebensfalls sollten diese Kreise sich nicht darüber wundern, weshalb dann die Industrie infolge Abnahmangels zu Stilllegungen schreitet und damit die soziale Krise noch weiter vertieft.

Großhandelsindex.

Die auf den Stichtag des 27. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ergibt in Papiermark bei einem amtlichen Dollarkurs von 4,2 Billionen Mark das 1422milliardenfache des Friedensstandes und hat somit gegenüber dem Stande vom 20. November (1413,4 milliardenfach) keine wesentliche Veränderung erfahren. Das Goldniveau der Großhandelsindexziffer (1913 = 100) stellt sich am 27. November auf 142,8 gegen 141,8 am 20. November.

Die Indexziffern der Hauptgruppen lauten am 27. November: Lebensmittel 1342milliardenfach (134,2 Gold), Getreide und Kartoffeln 1004milliardenfach (100,4 Gold), Industriestoffe 1573milliardenfach (157,3 Gold), Rohlen und Eisen 1604milliardenfach (160,4 Gold). Ferner Einfuhrwaren 1627milliardenfach (162,7 Gold), Inlandswaren 1282milliardenfach (128,2 Gold).

Goldschahanweisungen des preussischen Staates.

Der preussische Staat gibt immerwährende Goldschahanweisungen mit einer Laufzeit von 1, 2 und 3 Monaten in Stücken über 10, 15, 20, 50, 100, 500, 1000 und 5000 Goldmark aus. Die Schahanweisungen sind bei der Preussischen Staatsbank (Seehandlung), Berlin, Marktgrafenstraße 38, zu beziehen. Sie werden gegen Papiermark abgegeben, nach dem Mittelkurs der letzten amtlichen Notiz der Berliner Börse für Auszahlung New York am Tage vor der Abgabe, und nach dem genannten Mittelkurs der letzten amtlichen Notiz vor dem Fälligkeitstage in Papiermark eingelöst, wobei eine Goldmark = 1/100 Dollar gerechnet wird. Die Einlösung in Rentenmark bleibt vorbehalten (eine Rentenmark = 1 Goldmark), Nichtbankiers wird ein Diskont bis zu 5 Proz. jährlich vorweg vergütet.

Für die Einlösung der preussischen Goldschahanweisungen wird aus den allgemeinen Staatseinkünften insbesondere die auf Goldbasis gestellte Einnahme aus der Steuer vom Grundvermögen bereitgestellt. Die Schahanweisungen können vom heutigen Tage vor Fälligkeit ab zum Nennbetrage auf Forderungen des preussischen Staates aus Steuer oder Beiträgen (z. B. Holzverkäufen), soweit diese auf Goldbasis gestellt sind, in Zahlung gegeben werden.

Der Alten Not.

Die Berliner Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege befaßt sich mit dem „Schicksal der Siechen und Alten“.

Siechenhaus und Altersheim haben im Laufe der Entwicklung eine ganz bestimmte Stellung im Rahmen der Wohlfahrtspflege gewonnen.

Räumung einer Schlemmertwohnung.

Gegen das Unwesen der zahlreichen Schlemmertokale haben sich die bisher geltenden Gesetze und Verordnungen als unzulänglich erwiesen.

Der Ernährer im Gefängnis.

Für notleidende Familien von Gefangenen sollen, wie alljährlich, wieder Gaben gesammelt werden.

Die Lofolischer.

Roman von Johan Bojer.

Aber in der Hütte war es jetzt lebendig geworden, denn jetzt war Jakob gekommen, immer mehr Schnaps gab es, allerhand Schauergeschichten wurden aufgetischt, und sie lachten, daß die Wände zitterten.

hat auch in diesem Jahre eine Sammelstelle gütlich eröffnet. Die Verteilung erfolgt ohne Unterschied der Konfession.

Einhundertmilliardensache Grundmiete.

Einspruch des Oberpräsidenten: Zuschläge für den ganzen Monat.

Das Städtische Zentralfamt für Wohnungswesen teilt mit: Gegen die vom Magistrat in der vergangenen Woche beschlossene Bekanntmachung betr. Festsetzung der Dezembermiete hat der Oberpräsident Einspruch erhoben.

Für die Verwaltungskosten: in einfachen Häusern die 25-milliardensache monatliche Grundmiete, in Häusern mit einer besonderen Einrichtung die 30-milliardensache monatliche Grundmiete.

Erhöhung des Brotpreises.

Dunkles Brot 84, helles 100 Goldpfennige.

Der Brotpreis beträgt vom heutigen Donnerstag ab: 84 Goldpfennige für das dunklere und 100 Goldpfennige für das hellere Roggenbrot.

Die Tür ging auf, Per Suzanska kam langsam herein. Es war nicht leicht, in dem dichten Tabakrauch sein Gesicht genau zu sehen.

Und jetzt war Jakob schon mitten in einem Erlebnis aus Finnmarken. Das ist eine merkwürdige Sache mit dem Donner dort! Sie liegen draußen auf dem Meer und fischen Heilbutten, und um sie herum streicht ein großer Wallfisch.

Preisprüfung hat gemeinschaftlich durch Abteilung W des Polizeipräsidiums und die Preisprüfungsstelle stattgefunden.

Die städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und die Direktion der Stadientwässerung teilen mit, daß die Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität und die Entwässerungsgebühr für den 29. November unverändert sind.

Auf der Spur des Frauenmörders.

Eine wichtige Zeugenaussage.

Zu dem Raubmord in der Komintener Straße wird gemeldet, daß die weiteren Nachforschungen der Kriminalpolizei zu einer wichtigen Feststellung führten.

Die feindlichen Schwestern.

Zu einem tragischen Ausgang hätte beinahe der Streit zweier Schwestern geführt, dessen Folgen zu einer Privatklage einer Frau R. gegen ihre Schwester Kräulein R. vor dem Schöffengericht Berlin Mitte führte.

Ein Fall von Lepra-Erkrankung. Auf der Wache des 152. Polizeireviere in Wilmersdorf erkrankte die wohnungslose 86 Jahre alte Ältere Hedwig Herrmann und hat um Unterkunft bei Feststellung ihrer Verhältnisse und Durchsicht ihrer Papiere stellte

Wieh an einem Tage herunterholen, als ein rechtes Himmelsunwetter war, und da stehen die Röhre mit den messingbeschlagenen Hörnern, und gerade wie Per die Hand ausstreckt, um die Röhre am Seil zu nehmen, da gibt's einen Knall!

Sie schlugen sich auf die Schenkel und brüllten — Per war doch noch der Alte!

Es war der Spielmann, der zum letztenmal spielt. Als ein anderer wieder das Wort nahm, setzte er sich abseits und war froh, daß keiner ihn mehr beachtete.

Und Lars ging umher und schenkte ein. Keiner sollte ihm nachsagen, daß er bei der Traktierung geizig habe. Der Vater mochte ihm Blide zuwerfen, aber heute abend hatte Lars zu bestimmen.

„Ja, komm, gehen wir!“ rief Lars. Er hatte einen roten Kopf und warf seinem Vater einen Blick zu, der besagen sollte: Nun tue ich, was ich will!

„Du erzählst vom Donner, Jakob,“ begann er, und die bekannte, singende Stimme genigte, daß alle sich nach ihm umwendeten und lauschten.

„Was?“ riefen mehrere, „hat der Donner Pers Ruh die Hörner abgeschlagen?“

Gewiß doch! Es war in den Lorfmooren. Er wollte das Lars hatte endlich geschmissen. (Fortsetzung folgt.)

